

## Vergessenes Unrecht

### Tausende Betroffene, fehlende Aufarbeitung: Zur verdeckten Berufsverbote-Praxis in den ostdeutschen Ländern nach 1990

Von Hans Bauer, Vorsitzender der GRH

Diskriminierung zur Niederhaltung und Ausschaltung progressiver Kräfte gehört zur Politik des Imperialismus. Auch in der Bundesrepublik Deutschland, und zwar von der Gründung an bis heute. Oft wird angenommen, mit der Beendigung der Verhängung von Berufsverboten im Freistaat Bayern im Jahr 1991 sei dieses Thema bundesweit zu den Akten gelegt worden. Das ist falsch. Mit der Vorbereitung und Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands im Jahr 1990 nahmen indirekte und direkte Berufsverbote im Osten Massencharakter an.

In einer historisch beispiellosen Weise hat die »Siegermacht« Millionen DDR-Bürger aus ihren Berufen vertrieben und vielen von ihnen einen erneuten Zugang, der ihrer Ausbildung und ihren Fähigkeiten entsprochen hätte, verwehrt. Innerhalb kürzester Zeit waren vier Millionen Menschen erwerbslos; das entsprach etwa 45 Prozent der berufstätigen Bevölkerung. Die Ablösung der sozialistischen Planwirtschaft durch die »soziale« Marktwirtschaft begann also mit einer umfassenden Deklassierungserfahrung. Als für die DDR »systemrelevant« eingestufte Tätigkeitsfelder wurden in diesem Zusammenhang komplett eingestampft. Leitungskräfte von wissenschaftlichen und staatlichen Institutionen auf allen anderen Gebieten wurden zunächst beurlaubt, dann in den allermeisten Fällen entlassen und durch Westdeutsche ersetzt.

#### Kahlschlagpolitik

Von den über zwei Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst verlor nahezu die Hälfte den Arbeitsplatz, wurde »abgewickelt«. So erhielten ein Viertel aller Lehrer und über die Hälfte der Wissenschaftler und Hochschullehrer ihre Kündigung. Darunter waren tausende Lehrkräfte, die nach dem willkürlich festgelegten Stichtag 1.11.1989 aus dem Partei- und Staatsdienst in den Schuldienst zurückgekehrt waren. Hochschullehrer vor allem im gesellschafts- und rechtswissenschaftlichen Bereich wurden von westdeutschen Prüfungskommissionen »evaluiert« und mit demütigenden Begründungen entlassen; ihre Stellen wurden anschließend von Akademikern aus der Alt-BRD besetzt, die dort zuvor

nicht hatten versorgt werden können. Führungskräfte in Verwaltungen, Mitarbeiter staatlicher und gesellschaftlicher Einrichtungen, Angehörige der Schutz- und Sicherheitsorgane sowie der Justiz gehörten zu den ersten Opfern dieser Kahlschlagpolitik.

Ein Großteil der Betroffenen ging unfreiwillig vorzeitig in Rente. Natürlich mit Abzügen und sogar mit willkürlichen Kürzungen der Altersbezüge, also mit einer »Strafrente«. Ein weiterer Teil wurde nach kurzer »Warteschleife« arbeitslos, nahm über das Arbeitsamt Weiterbildungs- oder Arbeitsbeschaffungsangebote in Anspruch, suchte sich Beschäftigung unterhalb seiner Qualifikation oder fand zeitweilige, oft selbstständige Tätigkeiten bei Bildungs-, Sozial- und Fördervereinen. Zunächst weiterbeschäftigte Ostdeutsche erhielten nicht selten später ihre Kündigung, nachdem ihre für den Bereich relevanten Spezialkenntnisse abgeschöpft oder sie aus anderen Gründen nicht mehr »tragbar« waren.

Noch in den späten 1990er Jahren mussten hunderte ehemalige Angehörige der Volkspolizei aus dem Polizeidienst ausscheiden, weil sie frühere dienstliche Kontakte zum Ministerium für Staatssicherheit »verschwiegen«

hatten. Gegen viele dieser Menschen liefen strafrechtliche Ermittlungsverfahren wegen Anstellungsbetruges. Außerdem waren sie noch mit der Forderung nach Rückzahlung ihrer dienstlichen Bezüge konfrontiert.

#### Evaluierungen

Um Widerstand und Protest in Grenzen zu halten, wurden zur Wahrung des Anscheins von Objektivität in einzelnen Bereichen die eben erwähnten Evaluierungen durchgeführt. Das war ein ausgeklügeltes System von Überprüfungen, insbesondere von zunächst beurlaubten oder bereits entlassenen Fachleuten. Sie erhielten die »großzügige« Chance einer Weiterbeschäftigung oder erneuten Bewerbung. Bedingung war, dass sie sich einer Überprüfung ihrer Verfassungstreue unterzogen. Als Grundlage dieser Evaluierungen dienten Richtlinien des damaligen Bundesinnenministers Wolfgang Schäuble und konkretisierte

Schwarzer, Weißer. Brauner, Gelber!

Endet ihre Schlächterein!  
Reden erst die Völker selber,  
werden sie schnell einig sein.

Solidaritätslied  
Bertolt Brecht

Festlegungen der neu gebildeten ostdeutschen Länder.

Wie die damalige PDS zutreffend feststellte, war dies ein »Radikalenerlass für die DDR«. In beiden Fällen wurde das gleiche Anliegen verfolgt: Säuberung des öffentlichen Dienstes von politisch missliebigen Personen. Juristisch abgesegnet war diese Praxis durch höchstrichterliche Entscheidungen des Bundesverwaltungs- und des Bundesverfassungsgerichts bereits aus den 1970er Jahren. Die Gerichte entwickelten darin materielle und formelle Grund- und Leitsätze, wonach und wie die Verfassungstreue von Bewerbern zu bestimmen sei. Deren Anwendung erfolgte nun gleichsam rückwirkend auch in den »neuen Bundesländern«. Die Beurteilung einer Weiterverwendung oder Neueinstellung nach den Kriterien des Grundgesetzes und des Bundesbeamtengesetzes galt auch für die Vergangenheit, obgleich die fraglichen »Bewerber« Bürger der DDR gewesen waren und dieser bis 1990 verpflichtet waren.

Die rückwirkende Anwendung westdeutschen Rechts auf Bürger der DDR widersprach internationalen Rechtsgrundsätzen. Auch hier äußerte sich der seit 1949 angemäßte völkerrechtswidrige Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik für ganz Deutschland. Es war die Abrechnung mit dem Sozialismus und seinen Trägern.

Die Überprüfungen zur Neuanstellung/Weiterbeschäftigung erfolgten in allen Bereichen nach in der Hauptsache einheitlichen Kriterien. Entsprechend den Vorgaben bestanden erhebliche Zweifel an der Verfassungstreue der Bewerber bei »Verletzung der Menschenrechte« in der DDR (natürlich nach BRD-Verständnis), einer Tätigkeit im und für das frühere MfS, einer exponierten Stellung in der DDR in Parteien, Massen- oder gesellschaftlichen Organisationen sowie herausgehobenen staatlichen und wirtschaftlichen Funktionen.

#### Flut von Prozessen

In einem Fragebogen hatten diese Menschen Selbstauskunft zu geben. Viele mussten sich vor Kommissionen für ihr Leben in der DDR verantworten und ihre Treue zum Grundgesetz glaubhaft machen. Verdiente Wissenschaftler mussten in demütigender Weise vor Kommissionen erscheinen und oft zweit- und dritrangigen »Experten« ihre menschliche und fachliche Qualifikation nachweisen. Im Ergebnis war einzuschätzen, ob der Bewerber sich von »dem kommunistischen System gelöst hat« und »er

jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten wird« (Vorgabe des Bundesinnenministeriums). Die Entscheidung stand zumeist schon fest, bevor überhaupt eine Überprüfung im Einzelfall stattfand. Allein eine Leitungsverantwortung in der DDR war ja für einen negativen Bescheid ausreichend.

Mit einer Flut von Prozessen an Arbeits-, Verwaltungs- und Sozialgerichten wehrten sich Betroffene im Glauben an den »Rechtsstaat« gegen Entlassungen und Benachteiligungen. Im günstigsten Fall gab es einen Vergleich über eine Abfindung. Zumeist wurden die Klagen abgewiesen oder zurückgenommen. Auch oberste Gerichte stützten diese politisch motivierte Rechtspraxis. Die genaue Zahl der Betroffenen ist nicht bekannt.

Berufsverbote in Ostdeutschland sind kein abgeschlossenes Kapitel. Während exponierte berufliche und politische Funktionen zu DDR-Zeiten heute natürlich kaum noch eine Rolle spielen, werden für Tätigkeiten im öffentlichen Dienst und im politischen Bereich unverändert Auskünfte aus den MfS-Archiven eingeholt. Abgeordne-

te werden auf Tätigkeiten im oder für das MfS überprüft. Vielfach führten solche Überprüfungen zur Rücknahme von Kandidaturen bzw. zum erzwungenen Rücktritt von politischen Ämtern. Einzelne Unternehmen holen weiterhin Auskünfte über Kontakte zum DDR-Geheimdienst ein und treffen auf dieser Grundlage Entscheidungen über die Besetzung von Leitungsfunktionen. Tatsächliche Menschenrechtsverletzungen werden Betroffenen dabei nie nachgewiesen. Selbst eine eventuelle »belastende Tätigkeit« liegt mehr als 30 Jahre zurück. Nach UNO-Erklärungen, Resolutionen und Konventionen ist Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf wegen politischer Anschauungen verboten. Auch die BRD ist Unterzeichner entsprechender Verträge an. Jahrzehntlang kritisierten UNO-Organisationen die Berufsverbotspraxis in der Bundesrepublik. Ohne Erfolg. Unverändert gibt es eine umfassende Verletzung von Menschenrechten insbesondere in der annektierten DDR.

**Hans Bauer ist Rechtsanwalt und war bis 1990 stellvertretender Generalstaatsanwalt der DDR**

## Aus der Arbeit des Vorstandes

Das Mitglied des Vorstandes und Landesbeauftragte Mecklenburg-Vorpommern Manfred Jonischkies informierte den Vorstand von ISOR e. V. zur militärpolitischen Lage in der Ukraine. Seine Einschätzungen resultieren aus eigenen Erfahrungen und aktuellen Informationen aus seinem persönlichen Umfeld.

\*

Der Vorstand beschäftigte sich mit der Vorbereitung der Vertreterversammlung am 15.06.2022. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Meldung der Delegierten und Gäste alsbald an die Geschäftsstelle erfolgen soll. Des Weiteren werden noch Vorschläge von Mitgliedern als Kandidaten für den Vorstand erwartet.

\*

## Unser Standpunkt

Kriminalisten, aber nicht nur diese, stellen sich bei der Beurteilung einer Tat bzw. eines Sachverhalts die Grundfrage, die seit dem Altertum gestellt wird: „Cui bono?“ Wem nützt es? Zu wessen Vorteil?

Diese Frage hat an Gültigkeit nichts verloren und führt durch die Antwort auf das Motiv und dadurch auf den Verursacher.

Wem nutzt also der Krieg in der Ukraine?

Er nutzt nicht dem Ansehen Russlands, das sich aus guten Gründen gedemütigt und durch gebrochene Versprechungen betrogen fühlt.

Er nutzt den USA, die davon profitieren und ihre Rolle als „Schutzmacht“ in Westeuropa zur Beherrschung ihrer „Verbündeten“ stärken und nebenbei als Verkäufer ihres schmutzigen Schiefergases extra-Profiten einstreichen werden.

Er nutzt nicht den Menschen, denen die Kriegslasten aufgebürdet und deren in sozialen Kämpfen erzwungenen sozialen Rechte demontiert werden. Er bringt für sie nur unsagbares Elend, soziale Katastrophen und Perspektivlosigkeit bis in die künftigen Generationen.

Im Ergebnis jahrzehntelanger antisowjetischer und russophober ideologischer Kriegsführung präsentieren sich nun die potenziellen Kriegsmächte als Friedensapostel und verweisen auf die gegen den Krieg in der Ukraine global angewachsene Friedensbewegung, die „Rechts“ und „Links“ vereine.

Russland ist als Friedensfaktor in der Welt diskreditiert und wird mit Existenz bedrohenden Sanktionen geknebelt. Und das von denen, die bis vor kurzem einen 20jährigen Krieg „für Freiheit und Demokratie“ führten und ein verbranntes Land und jetzt eine Hungersnot, gerade mit vielen Kindern in Afghanistan hinterließen. So schmerzlich es auch ist, unabhängig von unseren historischen

Sympathien findet zurzeit ein mit tätiger Unterstützung der USA/NATO geführter Krieg zwischen zwei kapitalistischen Staaten statt. Unschuldige Menschen sind auf beiden Seiten der Front Opfer, und die Friedensbewegung fordert auf beiden Seiten ein Ende des Mordens.

Es ist ein Trauerspiel für alle Freunde der Friedensbewegung. Hier sind weder vorschnelle noch scheinbar „wissenschaftliche“ Analysen, Stellungnahmen, Be- und Verurteilungen durch „Experten“ aller Seiten mit Skepsis aufzunehmen. Die jetzt angeführten, in der Vergangenheit angehäuften „Kriegsgründe“, waren bekannt, wurden nicht ernsthaft ausgeräumt und dauerten permanent fort, bis sie nun zum Anlass dienten.

Es sterben auf beiden Seiten unsere slawischen Brüder und Schwestern, die sich eng verbunden fühlen und die in der Vergangenheit gemeinsam gegen ihre gemeinsamen Gegner kämpften. Wird dieser Krieg, für die er vorgeblich im Interesse der Menschen geführt wird, die Ziele erreichen? Werden etwa die bestehenden Vorurteile abgebaut oder vervielfachen sich das Gebirge der Schmerzen und das Meer an Tränen? Auch dieser Krieg trägt zur Vernichtung der Ressourcen unserer gemeinsamen Erde bei. Und es gibt erst recht im 21. Jahrhundert keinen Grund, der ihn rechtfertigt. Und es wird keinen Sieger geben.

„...wir stehen und trauern voll Schmerz, Herz und Sinn“ Auch deshalb, weil die revolutionären Ideale von 1917, die Stärke und Macht, die aus allen weiteren Kämpfen resultierte und die Vision von einer befreiten Welt ohne Krieg und Ausbeutung eröffnete, auf tragische Weise verspielt wurden.

**Die Redaktion von Isor aktuell, 16. März 2022**

**Wir verweisen auf unsere Internet-Seite mit dem weiterhin aktuellen Beitrag „Soldaten für den Frieden“**

# Erklärung der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation gerichtet an die kommunistischen Parteien weltweit

Moskau, 4. März 2022

Liebe Genossen,

Mit diesem Schreiben bringt Ihnen die Internationale Abteilung des ZK der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation die Position der KPRF bezüglich der Entscheidung der Russischen Föderation vom 24. Februar über die Durchführung einer Sonderoperation in der Ukraine zum Schutz der Bevölkerung der Russischen Föderation zur Kenntnis.

In Verteidigung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk, zur Entmilitarisierung und Entnazifizierung des Landes, das zu einer Quelle ständiger Aggression, Nationalismus und Russophobie geworden ist.

Seit acht Jahren sterben Zivilisten, darunter Kinder, Frauen und ältere Menschen, unter ständigem Beschuss der Städte und Dörfer durch ukrainische Neofaschisten – und sterben nur, weil sie ihre Muttersprache Russisch sprechen und nicht nach faschistischen Gesetzen leben wollen und nicht, wollen dass die Ukraine zu einem NATO-Außenposten im Osten wird. Infolge des mit Unterstützung der USA und der Europäischen Union durchgeführten Staatsstreichs von 2014 wurde die Macht in der Ukraine von rechtsgerichteten reaktionären Kräften ergriffen, die mit dem Gift des Bandera-Nazismus und Anti-Sowjetismus gesättigt waren. Mit dem Verbot aller Parteien und Bewegungen, die sich der Militarisierung und Faschisierung des Landes widersetzen, begann eine umfassende Verfolgung des Dissens. Das erste Ziel von Verfolgung und Verboten war die Kommunistische Partei der Ukraine.

Das Verbrennen von Menschen im Gewerkschaftshaus von Odessa war ein Höhepunkt der wahnsinnigen Russophobie, ein „Symbol“ der volksfeindlichen Absichten derer, die sich um die Macht bemühten, für eine Trennung der historischen Verbindungen zu Russland und für die Trennung der russischen Bevölkerung.

Die von Russland initiierten Minsker Vereinbarungen zur Beendigung der Feindseligkeiten im Donbass hätten einen Fahrplan für die Verwirklichung des Friedens in der Region darstellen können, aber die neonazistische Regierung der Ukraine hatte nie beabsichtigt, sich daran zu halten. Vom Westen angestachelt, setzte sie sich für eine militärische Lösung des Problems ein.

Dramatisch wurde die Situation durch die Tatsache, dass die Bandera-Behörden in Kiew sich immer aktiver um die Aufnahme der Ukraine in die NATO bemühten. Das Territorium des Landes wurde zu einem Brü-

ckenkopf für den Einsatz der Waffen der USA und ihrer Verbündeten. Die Militarisierung schritt zügig voran. Die Schaffung von Militärstützpunkten in der Ukraine und die Stationierung von Angriffskomplexen in den Grenzgebieten haben grundlegend neue Möglichkeiten für einen Atomraketenangriff auf Russland geschaffen. Darüber hinaus hat die Ukraine unter Verletzung aller unterzeichneten internationalen Verträge offiziell erklärt, dass sie Atomwaffen herstellen wolle.

Die Situation an der Grenze zwischen der Ukraine und den Donbass-Republiken erreichte einen Höhepunkt. Die Militäreinheiten auf ukrainischer Seite verstärkten den Beschuss des DVR- und LVR-Territoriums und zwangen die Zivilbevölkerung, ihre Häuser zu verlassen. Die Zahl der Opfer wuchs. Von den USA angefeuert, war die ukrainische Regierung bereit, in den Donbass einzumarschieren.

Es entstand ein akuter Bedarf, Maßnahmen zu ergreifen, um dort mehr als 800.000 russische Bürger zu schützen und den Völkermord an der friedlichen Bevölkerung des Donbass zu verhindern. Die Situation erforderte Sofortmaßnahmen zur Befreiung des Landes von der Bandera-Diktatur, die jedoch von der ukrainischen Bevölkerung nicht umgesetzt werden konnten, da die Zivilbevölkerung des Landes einfach nicht in der Lage war, den stark bewaffneten Terrorkräften Widerstand zu leisten und brauchte Hilfe. Die Kommunistische Partei der Russischen Föderation hat wiederholt die Frage der Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk angesprochen, die sich nach den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit entwickeln, und warnte vor den möglichen Folgen der Ignorierung der offensichtlichen Tatsachen. Die Partei ging ausschließlich von den Interessen der Werktätigen der Region aus und hielt es für sehr wichtig, die Pläne zur Entmilitarisierung der Ukraine umzusetzen.

Die Notwendigkeit, die Ukraine zu entmilitarisieren und zu entnazifizieren um zu verhindern, dass sie zu einer Brutstätte der Nazi-Ideologie wird, sollte zum Hauptanliegen der Weltgemeinschaft werden um zu verhindern, dass sich das Land in einen Nazi-Staat verwandelt, einen Brückenkopf der aggressiven imperialistischen USA-NATO-Allianz gegen eurasische Länder.

Wir rufen alle fortschrittlichen und politischen Kräfte in Russland und der Welt auf, die Mechanismen der Volksdiplomatie im Interesse der jahrhundertalten Freundschaft zwischen Russen und Ukrainern zu nutzen

**Internationale Abteilung**



**Soforthilfe vor Ort**  
Spendenstand 11.03.2022

**23.727,90 EUR**

Noch nie war der Wille so groß die Donbass Republiken zu unterstützen und noch nie war es so notwendig. Für eure unglaubliche Solidarität danken wir von ganzem Herzen. Wir machen weiter!

[www.fbko.org](http://www.fbko.org)

## Der Konvoi mit 20 t Hilfsgütern des Vereins Friedensbrücke-Kriegsopferhilfe hat seine Ladung in den Donbass gebracht.

Liane Kilinc schrieb am 16. März 2022 um 20:11 Uhr

Der 36. Transport mit 20 Tonnen Hilfsgütern ist in Donezk angekommen. Unterwegs gab es mehrfach Probleme und sie sind auch mehrfach unter Beschuss geraten.

An alle Helfer, Spender, Sponsoren, an Alena Donezckaja (Moskau), Yuliya Goncharova (Donezk) und an die Volksmiliz zum „sicheren Geleit“ ein großes Dankeschön.







Konvoi des Vereins Friedensbrücke

### Wer im Stich lässt seinesgleichen, lässt ja nur sich selbst im Stich

Bertolt Brecht

#### Kriegsverbrecher

Sie sitzen in klimatisierten Studios vor ihren sorgfältig drapierten Fahnen hinter massiven Schreibtischen in ihren Kostümen. Manchmal zeigt eine Kamera, wie sie auf blütenweißem Papier ihren Namen schreiben. Davor oder danach reden sie manchmal ein Zeugnis zusammen, auf dass in ihren Ländern Ehrfurcht ausbricht und die Schafe noch schneller und zielbewusster aufs Schlachtfeld rennen, ohne unnötig zu blöken.

Seitdem ich als Sprachmittler die großen Augen der hier ankommenden Kinder sehe und die Frage beantworten soll, ob es hier eine Schule gibt oder die nach dem Erhalt eines Schokoriegels schnell davon laufen, dann aber die Zeit finden, eine Meise auf einem Ast zu bestaunen, bei einem Besuch im Tierpark die Welt um sich herum vergessen... Seitdem hasse ich die Typen, die einen Krieg verbrechen, von ganzem Herzen

Wolfgang Kroschel

\*

#### Denkmale

#### Das Fliegerehrenmal bei Syhra und der militärische Konflikt in der Ukraine

In den Abendstunden des 19.10.1966 befanden sich zwei sowjetische Militärflieger auf einem Erkundungsflug mit ihrer MiG 23 U. Nach einem Triebwerkschaden entschlossen sich

die beiden Piloten dazu, die Rettungssysteme erst dann auszulösen, wenn für die unter ihnen liegende Ortschaft Syhra keine Gefahr mehr besteht. Im Cockpit saßen der Kommandeur des Fliegerregiments Nobitz, Oberst Schandakow, ein Ukrainer und sein Adjutant, Major Wladimirow, ein Russe. Beide leisteten



Fliegerehrenmal bei Syhra

ihren Dienst zur Sicherung des Friedens fernab ihrer gemeinsamen Heimat, der Sowjetunion und wurden zu Helden, weil sie das wertvollste, ihr Leben, gaben, um das der Bürger der Gemeinde Syhra zu retten. Deshalb wurde ihnen zu Ehren ein Denkmal errichtet.

Der Ukrainer und der Russe, beide schützten damals den Frieden gemeinsam. Das sollte auch heute wieder die vorrangigste Aufgabe beider und aller Völker sein.

\*

#### Gedenkpark für Richard Sorge

Unterstützer und Sympathisanten des einzigen Erinnerungsortes an den Aufklärer der Roten Armee Richard Sorge in Sachsen, von Die LINKE, VVN BdA und ISOR, trafen sich kürzlich zu einem „Субботник“ im Richard Sorge Gedenk-Park auf dem Kassberg.

Weitere Bereitschaftserklärungen für den nächsten Arbeitseinsatz vor dem 8. bzw. 9. Mai liegen schon vor. Auch dieses Mal wurde für die Pflege und Gestaltung gespendet und es gibt Ankündigungen für weitere Sachspenden zur gärtnerischen Gestaltung.

Die Subbotniks sind nach wie vor gute Gelegenheiten für Gespräche und Verständigungen unter Gleichgesinnten, auch wenn im Herbst die Texttafel zwei Mal hintereinander unbrauchbar gemacht und aus Eigenmitteln provisorisch wieder nutzbar gemacht werden musste.

Die Anzeigen liegen dem Staatsanwalt vor. So kam es im Umfeld dieses Terrains auch zu weiteren Sachbeschädigungen (Brandstiftung an PKW) sowie "Meinungsbekundungen" zur Bundestagswahl.

Zwischenzeitlich wurde in der Nähe des Gedenksteins eine Bank aufgestellt.

\*



Gedenkpark für Richard Sorge

#### Richard Sorge zum Ersten Weltkrieg

„Hätten andere Erwägungen weitere Rollen gespielt, allein dieser Krieg hätte aus mir einen Kommunisten gemacht.“

Richard Sorge zog während seines Lazarett-aufenthaltes persönliche Schlüsse aus seiner Situation und die der Familie. Die genannten anderen Erwägungen Sorges waren seine bewusste Entscheidung für eine politische Laufbahn, wofür auch die revolutionären Vorgänge, der Kieler Matrosenaufstand den Ausschlag gaben. Zuvor hatte Sorge ein Notabitur abgelegt und sich ausführlich mit marxistischen Schriften befaßt. Er trat der USPD bei.

Im Lazarett Berlin-Lankwitz hatte Richard Sorge auch Begegnungen mit dem "Kriegskameraden" Erich Correns, die sich eines gemeinsamen Wunsches versicherten, dass das furchtbare Völkermorden zu Ende gehen möge.

Diese Position aus autobiographischen Skizzen Sorges wird in der in der DDR bekannten Publikation "Dr. Sorge Report" von Julius Mader 1985 im Militärverlag der DDR so nicht erwähnt, allerdings andere dezidierte Begründungen und Äußerungen Sorges

J. Mader gab als Quelle "Gendai - shi shiroyo, Zoruge jiken (Materialien zur modernen Geschichte. Der Sorge Fall, Tokyo 1962, Bd. 1, S. 83ff - dreibändige Ausgabe), als digitale Kopie/E-Book in Japanisch, 555 Seiten) an. Dabei handelte es sich auch um Passagen seiner Befragung durch den japanischen Staatsanwalt, auf Schreibmaschine in der Reihenfolge wiedergegeben: Die Komintern, der Ring in Shanghai, der Ring in Tokio, allgemeine Unternehmungen Sorges und seines Rings in Japan, Sorges Kontakte mit den zentralen Behörden während des Aufenthaltes in Moskau und seine Vergangenheit als Kommunist.

Es ist anzunehmen, dass sich der japanische Staatsanwalt damals für diese von Richard Sorge während der Haft angefertigten Darstellungen

gen und Bekenntnisse kaum interessiert haben dürfte. Uns geben sie aufschlussreiche Informationen über das umfangreiche Beziehungsfeld zu anderen deutschen Mitarbeitern der Komintern und zur Rolle seiner politischen Arbeit.

Die Abwehr der Verletzung von Grenzen in Europa mit dem Überfall Hitlerdeutschlands auf die UdSSR, dem jahrelange intensive Lügen und Hetze in Deutschland gegen die SU vorausging und auf die Richard Sorge während seiner politischen Arbeit z.B. auch in einer Bildungsanleitung zu einer Schrift von Rosa Luxemburg aufmerksam machte, schuf in Europa und in der Welt völlig neue Machtkonstellationen.

Die NATO-Osterweiterung war dem heutigen Russland eine historische Warnung, wie aus einem durch einen Nichtangriffspakt verschleierte, und dann von einer 5. Kolone mit dem fingierten „Überfall auf den Sender Gleiwitz“ der Zweite Weltkrieg vorbereitet wurde. Darauf gab aber die halbe Welt nichts und erwartete nur, dass Deutschland lernt: „Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!“

**Peter Blechschmidt,**  
aktualisiert 2.3.2022/19.03. 2022

\*

### **Die Zusammenschlüsse Cuba Sí, Kommunistische Plattform der Partei Die Linke und die Linksjugend Solid Hessen äußerten sich in einem Brief vom 30. März an den Parteivorstand über dessen Umgang mit dem Ältestenrat.**

**Darin heißt es u. a.:**

Genossinnen und Genossen des Parteivorstandes, erspart uns den Eindruck, ihr wolltet mit der „Neuberufung“ des Ältestenrates die Geschichte der Partei von Persönlichkeiten der sozialistischen Bewegung reinwaschen. Wenn euch der Blick zurück in Geschichte und Tradition der Partei samt ihrer in Völkerverständigung und einem ökonomischen Verständnis von Antimperialismus begründeten friedenspolitischen Einstellungen so unerträglich und peinlich ist, so ist das kein Ausdruck von zeitgemäßer Weiterentwicklung einer modernen sozialistischen Partei. Im Gegenteil, ihr brecht mit euch selbst. Wir sagen: nicht in unserem Namen.

(zitiert nach jW, 1.April 2022)

\*

### **PRESSEINFORMATION**

#### **zum Berliner Ostermarsch 2022**

Im Zentrum der Osterproteste überall im Land stehen der Krieg in der Ukraine und die in diesem Zusammenhang umgehend und fast unwidersprochen hingenommenen gigantischen Aufrüstungspläne der neuen Bundesregierung.

#### **Der Berliner Ostermarsch findet am Sonnabend, dem 16. April statt.**

Auftakt 12 Uhr auf dem Oranienplatz in Kreuzberg. Die anschließende Demonstration durch den Bezirk endet gegen 14 Uhr wieder auf dem Oranienplatz mit einer Abschlusskundgebung.

## **Zwischenruf**

Vorstellbar wäre, dass die Verfassungsschützerinnen und -schützer mal beim Schützen der Verfass..., nein, Entschuldigung, wir haben ja ein Grundgesetz. Also wenn sie mal vom Schutz des Grundgesetzes einen Moment aufsehen, könnte ihnen die Frage aufstoßen, wo Isor aktuell und seine Leserschaft zu finden ist. Da können wir helfen: Wir befinden uns auf dem Boden des Grundgesetzes und bitten, das zu notieren. Augenblicklich stehen wir auf Artikel 5 (Meinungsfreiheit). Und dort steht es schwarz auf weiß: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film

werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“ (...) Dieser Artikel gehört zu den sogenannten Ewigkeitsklauseln und darf nicht verändert werden, wie das vielleicht in irgendwelchen Bananen-Diktaturen geschehen könnte. Und deshalb loben wir die ungehinderte Zugänglichkeit aller Informationsquellen und entscheiden als mündige Bürger, was wir konsumieren und wie wir darüber denken.

Mit Unverständnis und Bedauern blicken wir auf die Regimes, die Informationsquellen abschalten, weil sie nicht den Denkvorschriften der Bevölkerung entsprechen und nur ihre eigenen als unfehlbar servieren. So etwas kommt in einer Demokratie nicht in die Gesetzestüte. Das kann sich RT/DE mal merken.

## **Alles was rechts ist**

Das Verwaltungsgericht Berlin entschied am 18.März in einem Eilverfahren, dass die Tageszeitung „junge Welt“ nicht aus den Verfassungsschutzberichten der letzten 20 Jahre gestrichen werden muss.

Tenor: Wer den Anschein erweckt, den „Klassenkampf“ zu fördern und bei den Lesern eine Art „Klassenbewusstsein“ zu verankern, müsse sich nicht wundern.

Logik 2022.

Die Logik im Jahre 2005 lautete: Der Verfassungsschutz darf nicht über Zeitungen berichten. Das entschied das Bundesverfassungsgericht am 24.Mai jenen Jahres. Allerdings ging es um die rechte Zeitung „Junge Freiheit“.

Wie es schon in einem Lied heißt: „Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand“. Von „junger Welt“ ist nicht die Rede.

Na also!

**w.st/w.kr.**

## **Aus der Postmappe**

Vor über 30 Jahren lernten wir eine Familie aus der Ukraine, östlich von Charkow aus der Oblast Sumy, 20 km entfernt von der russischen Grenze kennen. Wir haben seitdem fast täglich über online Kontakt, sie waren bei uns zu Besuch und wir haben sie dreimal besucht. Wir wissen daher, dass die soziale Lage für die Menschen dort katastrophal ist, sie leben in bitterer Armut und die Lebensverhältnisse verschlechtern sich dort ständig. Als Hilfe in der Not senden wir jährlich mehrere Male dorthin Pakete mit Dingen des täglichen Bedarfs. Die Menschen sind sehr aufgeschlossen, gastfreundlich und liebenswert.

Bei unseren Bekannten, waschechten Ukrainern, lebt der Bruder des Familienvaters im Ural, der Bruder seiner Ehefrau lebt in Moskau. Sie erzählen, dass dort der Lebensstandard sehr viel höher ist. Der Sohn der Familie arbeitet für ein russisches Unternehmen, die Tochter mit Hoch-

schulabschluss arbeitet im westlichen Ausland. Solche enge verwandtschaftliche Beziehungen bestehen zwischen vielen Menschen in Russland und der Ukraine. Unter diesen Bedingungen gibt es kein Feindbild zwischen Russen und Ukrainern. (...)

Das Kriegsgeschrei muss man vielmehr anders deuten: die USA haben mit tonnenweise modernster Militärausrüstung die ukrainische Armee ausgerüstet, um eine USA- und NATO-gewollte Endlösung des Ostukraineproblems zu erreichen. Es gibt aber für die Initiatoren des Kriegsgeschreis ein Problem, das sind die ukrainischen Menschen, die in den Russen nicht den Feind sehen. Um ein militärisches Versagen und ein Fiasko zu vermeiden, wurde eine massive Konzentration von Truppen auf den Staatsgebieten Rumäniens, der Slowakei, Polens und des Baltikums von der NATO realisiert. Zielstellung ist im Fall des Scheiterns der Besetzung der Ostukraine Russland eine Aggression zu unter-

stellen und die Ukraine zum NATO-Mitglied zu machen.

NATO-Mitgliedschaft bedeutet dabei nicht einmal, dass dadurch der Wohlstand in die Ukraine einzieht, das sehen wir insbesondere an der wirtschaftlichen Lage von Rumänien und Bulgarien. Was tatsächlich der Ukraine helfen würde, wäre wirtschaftliche Hilfe, damit ein Mindestmaß an Wohlstand für die Menschen spürbar wird. Statt Militär- und logistischer Hilfe zur Kriegsvorbereitung brauchen die Ukrainer wirtschaftliche Hilfe mit dem Ziel eines hinnehmbaren Lebensstandards. Aber zur sozialen Situation der Menschen in der Ukraine schweigen sich die westlichen Politiker, auch die „Grünen“ und die SPD aus.

**Rolf Lehmann, Bernau (19.2.2022)**

\*

### Immer mehr Fragen und keine Antworten

Unsere Herzen und unsere Gedanken sind völlig aufgewühlt. Der Krieg in der Ukraine dauert nun schon Wochen.

Wie soll ich mich verhalten, für wen soll ich Partei ergreifen? Gibt es eine eindeutige Antwort auf diese Fragen?

Viele Menschen innerhalb und außerhalb unseres Vereins werden sich diese Fragen stellen.

Zu unseren Hintergründen: Ich bin in der DDR aufgewachsen und mit ihr reif geworden.

Mein Vater war nach KZ sowie Flucht nach Lateinamerika emigriert und nach Deutschland zurückgekehrt. Zurückgekehrt, um beim Aufbau eines antifaschistischen und demokratischen Deutschlands mitzuwirken. Mein Schwiegervater war als Kommunist zur deutschen Wehrmacht einberufen worden. Er hatte Glück, dass er bei seinem sofortigen Überlaufen zur Roten Armee nicht erschossen wurde. Fortan kämpfte er in den Reihen der Roten Armee gegen den deutschen Faschismus.

In diesem Sinne wurden meine Frau und ich erzogen, im Leben geprägt und fanden wir, wie wir glauben, unsere tiefe kommunistische Überzeugung. Darin war und ist eine feste Deutsch-Sowjetische Freundschaft verankert. Die persönlichen Kontakte und Verbindungen bestanden zu Freunden aus verschiedenen Sowjetrepubliken.

Und jetzt, der Krieg in der Ukraine. Wem sollen wir glauben?

Den „Mainstream- oder Systemmedien“, die völlig einseitig, meinungsbildend und reißerisch berichten? Der Bundesregierung, die neben den verkündeten Sanktionen als erste sofortige Maßnahme die drastische Erhöhung der Militärausgaben ankündigte und damit nichts zur Deeskalation des Konfliktes beiträgt?

Oder den zum Teil in Deutschland gesperrten, unter bestimmten Bedingungen immer noch zugänglichen prussischen Medien?

Wem sollen wir glauben, der russischen Darstellung oder der Auffassung des „Westen“

Aus beiden versuchen wir uns ein Bild zu machen.

Wer ist im Recht? Russland oder der „Westen“ und die ukrainische Führung?

War der Krieg Russlands gegen die Ukraine unvermeidlich? Konnte Russland seine eigene Sicherheit, die Sicherheit seiner Grenzen und die Sicherheit der Menschen in den Gebiete Donezk und Luhansk nicht anders gewährleisten?

Stand ein unmittelbarer Angriff des Westens und der Ukraine bevor, den es galt vorzubeugen?

Wie ist der verbreitete Faschismus in der Ukraine zu erklären? Wie kann er ohne Krieg zwischen Russland und der Ukraine eingedämmt und letztendlich besiegt werden?

Ohne Frage sind die Osterweiterung der NATO und die aggressive Politik der USA, der NATO und der EU gegen Russland der eigentliche Hintergrund der gegenwärtigen „Spannungen“. Und dabei ist es egal, dass Russland jetzt auch ein imperialistischer Staat ist und nicht mehr die Sowjetunion, die wir kannten.

Das große Ziel der USA ist es, das zum Gegner erklärte Russland um jeden Preis zu schwächen. Nun endlich haben sie Europa so weit, dabei mitzuspielen und sind zu Sanktionen bereit. Das geopolitische Kalkül der USA bestand und besteht in der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Vormachtstellung in der Welt. Als „Weltgendarm“ haben die USA immer wieder offene und verdeckte sowie ideologische Kriege, Angriffe und „Putsche“ angezettelt und durchgeführt.

Die Bürger in der EU und in Deutschland, nicht in den USA, werden hauptsächlich die wirtschaftlichen und sozialen Folgen tragen müssen.

Die deutlichen Preissteigerungen bei Energie und Lebensmitteln bekommen wir jetzt schon zu spüren.

Und deutsche und internationale Konzerne nutzen die Wirtschaftssanktionen als Vorwand, um ihren Profit zu steigern. Russland liefert weiterhin Erdgas und Öl nach Europa und an Deutschland.

Russland soll politisch und wirtschaftlich geschwächt werden. Dazu haben die USA und die NATO, auch nach dem Ende der Sowjetunion alle ihre Möglichkeiten genutzt.

Die Handelskriege gegen Russland, aber auch gegen China zeugen von der Aggressivität der USA und auch Deutschlands.

Rechtfertigt diese aggressive Politik der USA, der NATO, der EU und Deutschlands den militärischen Angriff auf die Ukraine, bei dem unzählige Menschen getötet werden?

Unsere Antwort lautet: Nein (...)

Die Antwort für uns lautet auch:

Die deutsch-russische Freundschaft, die Freundschaft zwischen den Menschen darf

nicht verschwinden, sie soll bestehen bleiben und ausgebaut werden. Hassnachrichten in den deutschen Medien tragen nicht dazu bei.

Die Führung in Russland ist nicht mit den russischen Menschen gleichzusetzen.

Der Kampf gegen den Vorherrschafts-Anspruch und das Vorherrschafts-Handeln der USA muss mit friedlichen Mitteln fortgesetzt werden.

Die Freundschaft und die Liebe zu den russischen Menschen sind und bleiben meiner Frau und mir immer in unseren Herzen und Gedanken.

**Thomas Cadon, TIG Barnim**

\*

Der Krieg in der Ukraine ruft alle friedliebenden Menschen auf den Plan, und die von Tod sowie Verderben bedrohten Menschen verdienen sowohl unseren moralischen als auch materiellen Beistand. Die vielfältigen Proteste und geeignete humanitäre Maßnahmen sind zu unterstützen. Und dennoch: wir alle sollten angesichts der Menschen in der Ukraine und Russland sowie der dramatischen und fragilen Sicherheitslage in Europa einen kühlen Kopf bewahren. Bei einem waffenstarrten und atomar aufgerüsteten Europa müssen die politischen Entscheidungsträger auf allen Ebenen wohl überlegt, angemessen und beharrlich um akzeptable Lösungen im Interesse aller Beteiligten im Konflikt ringen.

Emotionen, so sehr sie verständlich sein mögen, haben in der Politik nichts zu suchen. Leidenschaft ist allein nur in der Suche nach einer diplomatischen Lösung für eine Beendigung der militärischen Auseinandersetzung zwischen zwei europäischen Ländern gefordert. Hier können und müssen EU und NATO geeignete Ideen und auch Kompromissbereitschaft entwickeln. Aber auch wir können und müssen unseren Beitrag für die Erhaltung und Förderung guter menschlicher Beziehungen mit allen Menschen unterschiedlicher Herkunft in der Kommune leisten. Gerade davon lebt und entwickelt sich die Zivilgesellschaft und hilft einem friedlichen Miteinander auf allen Ebenen. Dazu gehört auch die Anerkennung der Leistungen von Menschen sowie deren öffentliche Würdigung.

Völlig inakzeptabel ist es, nunmehr alles infrage zu stellen oder zu verdammen, was einen sowjetischen bzw. russischen Ursprung hat. Menschen allein wegen ihrer Nationalität zu diffamieren, zeugt nicht von einer humanitären Gesinnung. Gerade jetzt sollten jedwede Kontakte sowohl in die Ukraine als auch nach Russland, aber auch in der Stadt, im ernsthaften Bestreben um eine humanitäre und friedliche Lösung genutzt und ausgebaut werden. Es geht in vorurteilsfreier Achtung nur miteinander und nicht gegeneinander.

**Raimon Brete, 09113 Chemnitz**

\*



**ISOR aktuell****extra/TIG Neubrandenburg**

Das Friedensbündnis Neubrandenburg ruft auf zum Friedensmarsch unter dem Motto

ZUKUNFT BRAUCHT FRIEDEN  
 ABRÜSTEN STATT AUFRÜSTEN  
 STOPP DEM WAFFENHANDEL  
 FÜR DAS UN-ATOMWAFFENVERBOT  
 FÜR EIN NEUES SYSTEM DER KOLLEKTIVEN  
 SICHERHEIT UNTER TEILNAHME VON CHI-  
 NA UND RUSSLAND

**Der Friedensmarsch startet am  
 16.4.2022 um 10 Uhr am Neubranden-  
 burger Bahnhof** und begibt sich durch die  
 Innenstadt zum Marktplatz.

Referent: Wolfgang Herrmann  
 Treffpunkt: Mehrgenerationenhaus,  
 Poststraße 4

Anlässlich des 77. Jahrestages der Befreiung  
 vom Faschismus sehen wir uns am 8. Mai  
 2022, 10 Uhr zur Kranzniederlegung in der  
 Oststadt am Ehrenmal für die gefallenen Sol-  
 daten der Roten Armee.

**www.isor-nb.de, April 2022**

Liebe Genossen, hier eine Leserzuschrift für Eure  
 Zeitung, ich würde mich über eine Veröffentlichung  
 freuen.

Mit Interesse habe ich Ihren Beitrag „Ein  
 Lügenbaron im Schleudersitz“ gelesen. Ich  
 war gleich hellwach, denn dieser „Schriftstel-  
 ler“ wollte auch mich für sein Machwerk „Le-  
 ben hinter Mauern“ über den „Arbeitsalltag  
 und Privatleben hauptamtlicher Mitarbeiter  
 des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR“  
 ausfragen. Nach relativ wenigen Gesprächs-  
 minuten am Telefon war mir sehr schnell klar,  
 wes Geistes Kind dieser Knabe ist. Seine völlig  
 unsinnigen Aussagen, so dass wir Mitarbeiter  
 besondere Läden gehabt hätten, in denen man  
 Sachen einkaufen konnte, die der Bevölkerung  
 verschlossen waren, wie wir zwischen Indoktri-  
 nation und Anpassung unseren Dienst versehen  
 hätten, wie Oberschüler weggesperrt wurden

(auf Nimmerwiedersehen!), weil sie abweichen-  
 de Meinungen geäußert hätten usw. haben mich  
 ganz schnell veranlasst, diesem Schwachkopf  
 kein Interview zu geben.

Erschüttert bin ich allerdings darüber, dass  
 so ein Mensch in einem Gymnasium in Sachsen  
 Geschichte (!) lehren darf, ja, auf unsere Kinder  
 losgelassen wird, dass er Studienrat ist und dass  
 er befähigt sein soll, als Berichterstatter der In-  
 ternationalen Gesellschaft für Menschenrechte  
 tätig zu sein. Eine Gesellschaft, die solche Be-  
 richterstatter hat, disqualifiziert sich selbst.

Das Beste an ihm ist noch, dass ihn kuba-  
 nische Sicherheitsbeamte 2016 festgenommen  
 haben, weil er dort die Konterrevolution unter-  
 stützt hatte.

Wo sind wir nur gelandet!

**Dr. Rolf Funda, 39418 Staßfurt**

\*

Hallo, Freunde,

durch Zufall bin ich auf den Band 56 aus der  
 wissenschaftlichen Reihe des Bundesbeauftrag-  
 ten für die Stasiunterlagen gestoßen. Der Band  
 beschäftigt auf 386 Seiten mit der Informations-  
 arbeit des MfS. In einer sehr gründlichen Unter-  
 suchung und Analyse werden folgende Schlüsse  
 gezogen:

Entgegen der Meinung, dass das MfS vorran-  
 gig Andersdenkende verfolgte, zeigt die Analyse  
 ein anderes Bild. Schwerpunkte waren Spiona-  
 geabwehr in Wirtschaft und Militär.

Ferner stimmt die Behauptung nicht, dass  
 das MfS eine flächendeckende Überwachung  
 durchführte. Sie war in der Aufgabenstellung  
 nicht vorgesehen und kräftemässig auch nicht  
 möglich. Ich denke, wir müssten überprüfen, ob  
 diese Aussagen nicht Anlass sein könnten, das  
 Urteil des Bundesverfassungsgerichtes anzu-  
 fechten.

Mit den besten Grüßen

**Erich Keindorf, Berlin**

\*

## Von Mitglied zu Mitglied

### Urlaub im Werratal, Themar, Südthüringen

Biete ganzjährig freistehendes Urlaubsquartier,  
 50 qm, komplett ausgestattet, 1. Etage, 2-3 Pers.,  
 kinderfreundlich, Grill- und Parkmöglichkeit, ca. 10-  
 15 min zu Bäcker, Kaufhalle, Gaststätte. Beheiztes  
 Freibad und Waldnähe. Viele Ausflugsmöglichkeiten,  
 Information/Reservierung: Andrea Förster

Feldsteinstr. 26, 98660 Themar/Thür.  
 Tel. 036873/60462 - Fax: 60463; 0171/2832087  
 andrea-foerster@gmx.net

## Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Wolfgang Kroschel, Tel.: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff,

c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Postanschrift:

ISOR e.V. Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern  
 der ISOR e. V. und interessierten Bürgern und kann nicht  
 bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt  
 werden. Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind  
 die Autoren für deren Inhalt verantwortlich. Die Redak-  
 tion behält sich sinnwahrende Kürzungen vor.

Redaktionsschluss: 30.03.2022

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 27.04.2022

Einstellung im Internet: 06.05.2022

Auslieferung: 11.05.2022

Herstellung: Druckerei Gottschalk, 10829 Berlin

Layout: R. Serinek

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Wolfgang Schmidt Tel.: (030) 29784316

Schatzmeister: Hans-Peter Speck Tel.: (030) 29784317

Fax.: (030) -29784320

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle

Dienstag bis Donnerstag, 9 bis 15 Uhr

E-Mail: ISOR-Berlin@t-online.de

Redaktion: Isor-Redaktion@t-online.de

Internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse  
 IBAN: DE 43 1005 0000 1713 0200 56  
 BIC: BELADEBEXX

Sprechstunden der AG Recht:

Jeden ersten und dritten Donnerstag 15 bis 17 Uhr  
 nach tel. Terminvereinbarung unter 030 29 78 43 16